

# Die Kirche in den Ländern

## Kirche und Regime in Polen

Die letzten vier Jahre vor den Millenniumsfeiern der Christianisierung gehören zu den farbigensten, die Polens Kirche in unserer Zeit durchlebt hat. Es waren Jahre großer Hoffnung und ebensolcher Enttäuschung. Auf Zeiten besonderer Bedrängnis durch den atheistischen Staat folgten kurze Perioden relativer Beruhigung, die eine langfristige Besserung im Verhältnis von Kirche und Staat erwarten ließen. Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt.

Tatsache ist, daß Warschau sich 1962 und in den folgenden Jahren dazu durchrang, den polnischen Bischöfen die Teilnahme am Zweiten Vatikanischen Konzil zu genehmigen. Daß das zu einer Stärkung der Position der Kirche führen werde, mußte auch Gomulka und seinen Gefolgsleuten klar gewesen sein. Warschau erhoffte sich von dieser Geste eine wohlwollende Haltung Papst Johannes' XXIII., die zu einem Abkommen zwischen dem Vatikan und Warschau hätte führen können.

Der 'Tod Johannes' XXIII., die distanziertere Haltung des Vatikans unter Paul VI. und die offensichtliche Unmöglichkeit, über den Kopf des Kardinals hinweg zu verhandeln, all das bewirkte, daß Warschau die Pläne, zumindest vorläufig, zu den Akten legte und die Politik der kleinen und mittleren Repressalien und Schikanen gegenüber der Kirche fortsetzte, ja erheblich intensivierte. Das herannahende Datum der kirchlichen Millenniumsfeiern versetzte die Partei zudem in einen Zustand der Nervosität, der sich mit zunehmender Vorbereitung durch die Kirche in offene Gereiztheit verwandelte. Einen Einschnitt in diese Periode erneuter Spannung brachten der „Hirtenbrief der polnischen Bischöfe anlässlich des 20. Jahrestages der Organisierung des polnischen kirchlichen Lebens in den West- und Nordgebieten“ und die aus diesem Anlaß veranstalteten Festgottesdienste und Feiern, vor allem die Breslau-Rede Kardinal Wyszyńskis, in der er das Recht Polens auf die Oder-Neiße-Gebiete mit besonderer Inbrunst verteidigte.

### *Kommunistische Repressalien*

Nach einer längeren Ruhepause begann die Warschauer Zeitung „Zycie Warszawy“ im April 1962 wegen der heftigen Kritik Kardinal Wyszyńskis an der atheistischen Propaganda und der staatlich geförderten Schwangerschaftsunterbrechung den Kardinal und die polnische Kirchenführung zu attackieren. Die Zeitung behauptete damals, den „obersten Kirchenbehörden“ sei „eine Atmosphäre mit religiösem Streit, Glaubensgefährdung, Verfolgung und Martyrertum willkommener, weil sie erwarteten, daß der Prozeß der Verweltlichung der Allgemeinheit in einer solchen Atmosphäre vielleicht gestoppt würde“ (nach dpa, 30. 4. 62). Wenige Tage später mußten die Katholiken in Gnesen erleben, daß die Behörden es nicht bei Worten bewenden ließen: bei der traditionellen Adalbert-(Wojciech-)Prozession mußten erhebliche Einschränkungen hingenommen werden. Die Jugendlichen wurden zu Versammlungen und Ausflügen beordert. Die Soldaten durften ihre Kasernen nicht verlassen.

Etwa zur gleichen Zeit kam es in den Oder-Neiße-Gebieten erstmals zur öffentlichen Versteigerung von persön-

lichem Eigentum katholischer Priester, wobei u. a. Möbel, Hausrat, Fahr- und Motorräder unter den Hammer kamen. All das war gepfändet worden, nachdem die Priester ihnen auferlegte Abgaben für die Benutzung ehemals deutscher Pfarrhäuser und anderen kirchlichen Grundbesitzes nicht entrichtet hatten. Handhabe für diese Maßnahmen lieferte ein Gesetz vom Juli 1961, dem zufolge sämtliche Liegenschaften dem polnischen Staat übereignet wurden, die vor 1945 deutsches Eigentum waren. Die Abgaben waren derart hoch angesetzt, daß die Geistlichen sie beim besten Willen nicht hatten zahlen können („Ost-West-Kurier“, Juli 1962).

In einer Note vom 16. Juli 1962 protestierte der Sekretär der Bischofskonferenz, Choromański, gegen Versuche, alle noch bestehenden Knabenseminare — entgegen den gesetzlichen Vorschriften — aufzulösen. Die Ordensschulen in Tschenstochau, Posen, Kalisch, Gdingen usw. wurden geschlossen, zahlreiche katholische Heime und Kindergärten aufgelöst. Ein Sprecher der Abteilung für Kirchenfragen erklärte, die Regierung werde die restlichen katholischen Schulen und Kinderheime übernehmen („Der Volksbote“, 8. 9. 62). Zahlreiche Ordensschwestern wurden im Sommer 1962 aus ihren Häusern vertrieben. Ähnlich wie in der Tschechoslowakei scheint es Absicht der Regierung zu sein, den Ordensangehörigen nur noch Alte und Kranke zur Pflege zu überlassen.

Der der gleichgeschalteten Bauernpartei angehörende Sejmarschall Cz. Wycech rechtfertigte im „Dziennik Ludowy“ vom 29. Sept. 1962 die Repressalien des Staates gegenüber der Kirche mit dem Hinweis: „Wir wissen, daß der Episkopat der katholischen Kirche und der ihm in politischer Hinsicht blind gehorchende Teil des Klerus mit ihrer Tätigkeit die Entwicklung Volkspolens und die Wandlungen sozialistischen Charakters aufhalten wollen... Man ist bestrebt, einen Streit zwischen dem gläubigen Teil der Bevölkerung und den Behörden des Volksstaates herbeizuführen“ (AD, 12. 10. 62). Kirchen und Kapellen in Oberschlesien wurden gewaltsam geschlossen, Kultgegenstände verschleppt. Entgegen dem Abkommen zwischen Kirche und Staat von 1950 wurden Studenten geistlicher Seminare vor Ablauf ihres Studiums zum Militärdienst einberufen.

### *Finanzielle Benachteiligungen*

Eine besonders hart empfundene Maßnahme stellten für die von keiner Kirchensteuer gespeisten Kirchenkassen die hohen vom Staat geforderten Abgaben dar. Eine Verordnung vom 25. Februar 1959 „stellte die Kirche einem gewerblichen Privatunternehmen gleich und belastete sie mit haarsträubenden Steuern, die bei weitem die Möglichkeiten der Kirche überstiegen“ (Bischof Choromański). Dieses Dekret, dessen Anwendung der Willkür der Staatsbehörden überlassen ist, hängt wie ein Damoklesschwert über der Kirche und wurde mit zunehmender Schärfe herangezogen. Auf Grund der Seelenzahlen einer Gemeinde und der geschätzten Kollekteneinnahmen erhebt das Finanzministerium 33% Einkommensteuer; hinzu kommen Steuern für die Kapläne, für kirchliche Veranstaltungen und Grundstücksteuern; die an die Diözese abgeführten Beträge werden abermals mit 33% besteuert (nach P. Lenert, „Die Wahrheit über die kath. Kirche in Polen“, Morus-Verlag). Hinzu kommen „Bußgelder“ bis

zu 5000 Zloty für Ordensbrüder und Nonnen, die „unberechtigterweise“ außerhalb der Schule Religionsunterricht erteilten. Von Geldsammlungen für Kirchbauarbeiten verlangt der Staat bis zu 60% für sich (nach KNA, 13. 10. 62). — Einen besonders gefährlichen Einmischungsversuch in kirchliche Kompetenzen stellte die vom Staat erhobene Forderung dar, durch Inspektoren den Religionsunterricht außerhalb der Schule überwachen zu lassen. Für den Fall der Ablehnung wurden empfindliche Geldbußen angedroht. Bis auf wenige Ausnahmen gelang dem Staat auf diesem Gebiete kein Einbruch ins kirchliche Leben. Versuche, Priestern für ein Entgegenkommen in dieser Hinsicht Vergünstigungen zu gewähren, schlugen im allgemeinen fehl. Ein strenges Verbot für Militärs (außer Rekruten), in Uniform am Gottesdienst teilzunehmen, sieht Strafen bis 1500 Zloty vor.

#### *Die Einkreisung der Kirche*

In einem Brief an den Abgeordneten Filipowicz schrieb Bischof Choromański am 13. 2. 64 (nach „La Croix“): „Immer größer wird der Kreis jener sozialen Gruppen, denen das Recht auf religiöse Praxis verweigert wird. Die Funktionäre, die Lehrer, die Militär- und Polizeiangehörigen werden überwacht und erhalten eine schlechte Beurteilung, wenn sie die Kirche besuchen; eine noch schlechtere, wenn sie die Sakramente empfangen. Diese Unglücklichen müssen sich häufig in entfernte Pfarreien begeben, wo sie niemand kennt, um ihre Kinder taufen, sich kirchlich trauen zu lassen oder heimlich zu beichten.“ Der Bau notwendiger Kirchen wurde und wird vom Staat verhindert oder über Gebühr verzögert, auch wenn Bauplätze und Baumaterial zur Verfügung stehen. Lehrer, die nicht der antireligiösen „Gesellschaft für weltliche Schulen“ beitreten wollten, wurden damit unter Druck gesetzt, daß sie nur noch 18 Stunden wöchentlich unterrichten durften und demzufolge nur ein gekürztes Monatsgehalt erhielten (mid, 8. 1. 65).

Der sogenannte Morawski-Bericht warf ein bezeichnendes Licht auf die Einkreisung und Bespitzelung der Kirche durch die kommunistischen Behörden. Dieses Dokument, von dem ein Abzug in einer polnischen Kirche aufgefunden wurde, wurde den polnischen Bischöfen bekannt; sie vervielfältigten es und brachten es allen Pfarrern zur Kenntnis. Der Bericht des Obersten Morawski analysiert die Tätigkeit der Kirche und nennt als Maßnahmen zur Unterminierung und Lähmung des seelsorglichen und kirchlichen Wirkens: Schaffung von Agentennetzen in den Pfarreien; Ausnutzung interner kirchlicher Schwierigkeiten; Sammlung von Nachrichten über Priester und ihre eventuellen Schwächen. Diese Tatsachen zeigen, daß die Maßnahmen zur Einkreisung der Kirche in den letzten Jahren weiter zugenommen hat.

#### *Der Kardinal und der Vatikan*

Die Tendenz zu kühleren, ja frostigen Beziehungen hatte sich, vor allem durch staatliche Maßnahmen bedingt, bereits seit 1961 verstärkt. Die Kommunisten waren dabei offensichtlich bestrebt, ihre Angriffe auf die Person des Kardinals zu konzentrieren. Dabei stand die regimetreue PAX-Organisation den Parteifunktionären um nichts nach.

Das Warschauer Atheistenblatt „Argumenty“ bemühte sich im Frühjahr 1963, Gegensätze zwischen dem „fortschrittlichen“ Papst Johannes XXIII. und dem „konservativ-reaktionären“ Kardinal Wyszyński aufzubauen,

um auf diese Weise den Primas in den Augen der Gläubigen herabzusetzen. Es „vertiefte sich die Divergenz, zwischen dem Wirken Johannes' XXIII., der ein Friedensanhänger ist, und der Tätigkeit jener kirchlichen Würdenträger, die nur zurückschauen...“ („Petrusblatt“, 19. 4. 63). Gomulka selbst hielt der polnischen Geistlichkeit im Juli 1963 vor, sie weiche vom Geist der Enzyklika *Pacem in terris* ab. Aber schon der jubelnde Empfang, den Warschauer Katholiken dem Primas bei seiner Rückkehr von der Ersten Konzilsperiode bereiteten, bewies die Stärke seiner Position bei den Gläubigen. Aus einem Referat des Leiters für Bekenntnisfragen in der Parteiverwaltung der Wojewodschaft Posen geht hervor, daß auch nach Meinung der Partei der polnische Episkopat sich geschlossen hinter den Primas stelle, was die Politik der Kirche gegenüber dem Staat angeht.

Ganz sicher käme es der Partei gelegen, könnte sie den eigenwilligen Kardinal auf ein Abstellgleis manövrieren. Sicher ist dies einer der Gründe, weshalb man versuchte und versucht, ein Abkommen zwischen dem Vatikan und Warschau herbeizuführen. Noch unter Johannes XXIII. hatte es so ausgesehen, als wäre man diesem Ziel näher gewesen. Aber auch Papst Johannes hatte — dem Vernehmen nach — versichert, der Vatikan werde keine Verhandlungen hinter dem Rücken der polnischen Kirchenleitung führen. Selbst die Warschauer Korrespondentin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ meinte damals, daß „Änderungen des Vatikans in seinen Beziehungen zum Lager der sozialistischen Länder ... auch undenkbar (seien) bei einer Isolierung des Kardinals Wyszyński, die offensichtlich von den staatlichen Stellen in Warschau angestrebt wird“.

#### *Der Standpunkt Wyszyńskis*

Paul VI. betraute dann auch bereits Anfang Juli 1963 Wyszyński mit der Führung der Verhandlungen mit der polnischen Regierung. Damit wurde Warschau eine Waffe aus der Hand genommen, konnte es doch jetzt nicht mehr so leicht den Vatikan gegen den Kardinal und den polnischen Episkopat ausspielen. Dies hinderte natürlich die polnische Atheistenzeitung „Argumenty“ (44/1964) nicht, die Feststellung des „Zeit“-Korrespondenten H. Stehle zu zitieren, den Kern des Streits zwischen Staat und Kirche bilde die — „trotz aller bisherigen Abkommen — fortgesetzte Weigerung des Kardinals, sich mit der bestehenden Gesellschaftsordnung so abzufinden, wie es etwa die elf ungarischen Bischöfe in ihrem Lande getan haben“. Am 22. April 1965 formulierte der Kardinal in Gnesen seine Meinung zu einer Übereinkunft zwischen Kirche und Staat wie folgt:

„Was eine Übereinkunft angeht, so heißt es nicht, daß wir dem grundsätzlich ein ‚Nein‘ entgegensetzen. Wir sagen unser ‚Ja‘ dazu: aber auf der Grundlage einer gewissen wechselseitigen Loyalität und eines redlichen Willens, Verpflichtungen einzugehen; wir fordern, daß der Staat die Tatsache anerkennt, daß die Kirche in Polen schon seit zehn Jahrhunderten existiert, daß sie einen positiven religiösen, moralischen und kulturellen Beitrag zur Geschichte der Nation leistet; ferner verlangen wir, daß der Staat die Eigenaufgaben der Kirche anerkennt: die Aufgaben nämlich, das Evangelium jedem Geschöpf zu verkünden, die Menschen zu heiligen, sie zum göttlichen Leben zu erwecken und ihre gemeinschaftlichen Bande durch die übernatürliche Liebe zu vertiefen; wir verlangen, der jetzige Staat solle die Tatsache zugeben,

daß die Kirche, die ihre eigenen Aufgaben hat, auch Rechte besitzt, die respektiert werden müssen, ferner religiöse Pflichten, die sie zu erfüllen hat und bei deren Erfüllung sie nicht behindert werden darf. Wenn eine solche Basis geschaffen wird, so können wir auf ihr Gespräche über eine Übereinkunft führen. Wenn aber eine solche Basis nicht besteht, wenn kein Wille vorhanden ist, die Kirche als eine jahrtausendealte Institution mit eigenem Charakter, eigenen Aufgaben, Rechten und Pflichten zu achten, so gibt es eigentlich nichts, worüber zu reden wäre!“

Bei diesen Überlegungen darf auch nicht übersehen werden, daß wir es in Polen mit einer intakten, trotz der Verfolgung lebendigen Kirche zu tun haben, während es z. B. in Ungarn und in der ČSSR darum ging, zu retten, was noch an kirchlicher Organisation und Institution zu retten war. Daß die schlechten Erfahrungen, die der Vatikan nach dem Teilabkommen mit Budapest machte, ihn zu äußerster Skepsis bewogen, liegt auf der Hand.

Nach Korrespondentenberichten aus Warschau hat Papst Paul VI. am 25. November 1964 dem der katholischen ZNAK-Gruppe angehörenden Staatsratsmitglied Zawieyski klargemacht, daß ein Abkommen zwischen dem polnischen Staat und dem Vatikan unter keinen Umständen über den Kopf Kardinal Wyszyńskis hinweg ausgehandelt werden könne. Gewisse Mutmaßungen über den Plan eines Abkommens, vor allem im Zusammenhang mit den Spekulationen über eine Polenreise des Papstes, verloren durch die spätere Entwicklung ihre Basis. Trotz allem könnte die Frage einer Übereinkunft eines Tages wieder aktuell werden, sofern sich die Voraussetzungen dazu ergeben.

#### *Atheistische Propaganda*

Die atheistische Propaganda konzentriert sich auf die vom Verband der polnischen Atheisten und Freidenker herausgegebene Halbmonatsschrift „Argumenty“, ein journalistisch gut gemachtes Presseorgan, das sich durch sein Niveau von ähnlichen Produkten anderer Ostblockländer — etwa der sowjetischen Monatsschrift „Nauka i religija“ („Wissenschaft und Religion“) wohltuend abhebt. Diese Zeitschrift ist über westliche Publikationen zu diesem Themenkreis oft bestens unterrichtet und bringt ihre Propaganda in erstaunlich aufgelockerter Form an den Leser, was natürlich die gelegentliche Veröffentlichung satissam bekannter „Holzhammerartikel“ nicht unbedingt ausschließt. Dennoch dürfte die Ausstrahlungskraft dieser Zeitschrift gering sein, da ihre Leserschaft zu klein ist. Auf einer Vorstandssitzung des Verbandes der Atheisten und Freidenker im Frühjahr 1965 wurde festgestellt, daß sich die Mitgliederzahl des Verbandes im Jahre 1964 gegenüber 1963 um 10 Prozent verringert habe; in vielen Fällen erwies sich, daß gemeldete örtliche Atheistenzirkel nur auf dem Papier existieren.

In den letzten Jahren sind die Literaturzeitschrift „Kultura“ und die Illustrierten „Świat“ und „Przekrój“ sowie von Zeit zu Zeit das satirische Blatt „Szpilki“, die größere Leserschichten erreichen, in atheistische Kampagnen einbezogen worden. Dabei bedienten sich die Zeitschriften „Świat“ und „Przekrój“ auch der vermutlich aus der Sowjetunion importierten Methode, Interviews und Geständnisse ehemaliger Priester zu veröffentlichen. Obwohl diese Pressekampagnen ganz sicher nicht den Bestand der Kirche gefährden konnten, sollten sie dennoch nicht verharmlost werden. Bei einer gewissen Zahl schwankender, vor allem junger Christen können sie

— verbunden mit der atheistischen Gesamterziehung — durchaus eine beschränkte Wirkung haben.

Die atheistische Erziehung vom Kindergarten bis zur Hochschule ist denn auch die größte Gefahr. Sie ist um so ernster, als zumeist beide Elternteile zu arbeiten gezwungen sind und die christliche Familienerziehung dadurch eingeengt wird. Der fast absolute Mangel an geeignetem christlichem Schrifttum verhindert, ein Gegengewicht gegen die atheistische Erziehung zu schaffen, Repressalien bei Teilnahme an kirchlichen Veranstaltungen tun ein übriges. In der Armee wurde die atheistische Indoktrination in den letzten Jahren offenbar ebenfalls erheblich verstärkt.

#### *Die PAX-Bewegung*

Die dem kommunistischen Regime treuergebene „katholische“ PAX-Bewegung, die von dem ehemaligen Antisemiten und Rechtsradikalen Boleslaw Piasecki geführt wird, hatte sich in der Stalin-Bierut-Epoche in den Augen der Öffentlichkeit — der Katholiken und der Kommunisten — derart kompromittiert, daß man 1956/57 damit rechnete, Gomulka werde sie fallenlassen. Aber PAX wurde nicht aufgelöst, sondern mußte nur eine Zeitlang ein Schattendasein führen. Mit zunehmender Konsolidierung des Regimes kehrte das Selbstbewußtsein der PAX-Funktionäre zurück und ebenso ihre Aggressivität. Auch das Gomulka-Regime mußte erkennen, daß der vorzüglich organisierte Apparat der PAX (Funktionärsstamm, Zeitungen, Verlage) wie kein anderer der kommunistischen Partei gute Dienste leisten konnte. Dabei kann durchaus nicht geleugnet werden, daß tatsächlich manche PAX-Mitglieder bestrebt sind, aus ihrer Mitarbeit das Beste für die Kirche zu machen. Diese Feststellung dürfte jedoch auf die Führungsspitze der PAX kaum zutreffen, wie ihre — insgesamt gesehen — für die Kirche schädliche Arbeit beweist. Die Tätigkeit der PAX wurde in den letzten Jahren verstärkt auf das westliche Ausland ausgerichtet. Durch Verschickung fremdsprachigen Propagandamaterials, durch Teilnahme an internationalen Tagungen, durch Entsendung von Emissären versuchte man, die jeweilige PAX-Politik in den Westen zu exportieren. Besonders in Frankreich wurde die PAX aktiv. Während die PAX-Organisation geschickt genug war, nie gegen die päpstliche Autorität zu opponieren (womit sie sich vor den romtreuen polnischen Gläubigen kompromittiert hätte), stand sie in der Kampagne gegen Kardinal Wyszyński an vorderster Stelle.

Schon im Juni 1963 hatte das Sekretariat der polnischen Bischofskonferenz dem Kardinalstaatssekretär ein Schreiben über die Tätigkeit der PAX zugehen lassen, das durch eine Indiskretion bekannt wurde. Das Schreiben enthält eine detaillierte Darstellung über Entstehung und Aufgaben und Schädlichkeit der PAX-Gruppe. Besonders besorgt zeigten sich die polnischen Bischöfe darüber, daß die PAX „Nutzen aus der Unwissenheit gewisser westlicher katholischer Kreise zieht über das, was man gewöhnlich ‚das polnische Experiment der Koexistenz‘ zu nennen pflegt“. Die Entwicklung des letzten halben Jahres dürfte die Vasallenrolle der PAX-Gruppe erneut deutlich gemacht haben.

#### *Die katholische ZNAK-Gruppe*

Die katholische ZNAK-Gruppe, obwohl von erheblich geringerer Breitenwirkung und nicht im Besitz eines riesigen Apparates wie die PAX, schien in den ersten Jah-

ren nach 1956 die Basis für einen echten katholischen Dialog mit dem neuen Gomulka-Regime darzustellen. Diese Gruppe, an ihrer Spitze St. Stomma, Staatsratsmitglied und Schriftsteller Zawieyski sowie der Publizist Kisielewski, war sich bewußt, daß sie bei den bestehenden außen- und innenpolitischen Gegebenheiten nur eine begrenzte Rolle, in Loyalität zum Gomulka-Regime, spielen konnte, aber sie sprach eine offene Sprache, zeigte die Grenzen, bis zu denen sie mit den Kommunisten gehen konnte, und wurde von ihnen — im Gegensatz zur PAX — als echte katholische Repräsentation akzeptiert. ZNAK erhielt seine Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ wieder, durfte einen Buchverlag eröffnen — der ihre Hauptstütze ist — und erfreute sich eines guten Einvernehmens mit dem Episkopat.

In den letzten Jahren wurde das Wirken der Gruppe vielfach erschwert. Die Beziehungen zum Kardinal, dessen Verhältnis zu den intellektuellen katholischen Führungsgruppen nicht unangefochten ist, haben sich verschlechtert. Das Regime stellte PAX wieder stärker in den Vordergrund, was einer Abwertung von ZNAK gleichkam. Die Hoffnungen auf einen echten Dialog erfüllten sich nicht. Der Verzicht Kisielewskis, erneut einen Sitz im Parlament einzunehmen, tat der Gruppe ebenfalls Abbruch, ebenso die in seinen Artikeln zutage tretende Resignation über die Möglichkeit, auf die polnische Politik — auch nur in bescheidenem Maße — Einfluß zu gewinnen. Das eher zaghafte Auftreten der Gruppe im Zusammenhang mit der kommunistischen Reaktion auf die Versöhnungsbotschaft der polnischen Bischöfe ist wohl als Zeichen ihrer derzeit geschwächten Position anzusehen. Trotzdem genießt die Gruppe auch beim Episkopat weiterhin beträchtliches Ansehen.

#### *Die Oder-Neiße-Feiern*

1965 feierte man in den verschiedenen kirchlichen Verwaltungsbezirken und Städten der Oder-Neiße-Gebiete die zwanzigste Wiederkehr des Tages, an dem die polnische Kirchenverwaltung in diesen Gegenden errichtet wurde. Durch die kirchlichen Feiern und Zeremonien zog sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß diese Gebiete zu Recht, vor allem aber für endgültige Zeit zu Polen gekommen seien. Trotz dieser mehr oder weniger massiv vertretenen These, in der sich sowohl die Kirche wie die kommunistische Staatsführung wie auch die breiten Volksschichten trafen, durfte man einige Töne nicht überhören, wie sie beispielsweise in Erzbischofs Komineks Artikel in der ZNAK-Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ aufklangen: daß es nämlich durchaus ein Recht auf Heimat (auf das Vatererbe) gebe, auch wenn dies durch ein stärkeres, elementares Recht — das Recht der aus ihren Ostgebieten ausgesiedelten Polen auf Existenz in der neuen Heimat — überlagert werde.

Dennoch lag das Hauptgewicht der Feiern und Ansprachen auf der Tatsache der rechtmäßigen Zugehörigkeit der „West- und Nordgebiete“ Polens. Bereits am 23. Juni 1965 hatte der polnische Episkopat entschieden diesen Standpunkt in einem eigenen Hirtenbrief vertreten. Mit Stolz wird darin von der Bedeutung der kirchlichen Arbeit beim Seßhaftwerden der polnischen Bevölkerung und beim Aufbau in diesen Gebieten gesprochen: „Den alten und neuen Einwohnern dieser Lande standen Geistliche zur Seite. So kamen hierher Menschen aus allen Gegenden und begannen sich um den gemeinsamen Altar zu scharen. In Anlehnung an die Kirchen entstanden die

ersten gesellschaftlichen Gruppen: Siedlungen, Nachbarschaften, Pfarreien, Gemeinden.“ In der Tat hat die Kirche entscheidend dazu beigetragen, daß in den ehemals deutschen Gebieten in den Nachkriegsjahren allmählich wieder Ordnung einzog und sich ein Gefühl neuer Zusammengehörigkeit herausbildete.

#### *Die Breslau-Rede*

Die Breslau-Feiern von Ende August und Anfang September bildeten den Höhepunkt des nationalen „Te Deum“ in den Oder-Neiße-Gebieten. Die Tatsache, daß der Klerus in mit dem polnischen Adler geschmückten Meßgewändern auftrat, führte zu erregten Mißfallensbekundungen in Deutschland. In seiner Predigt erklärte der Primas: „Wenn wir auf die Heiligtümer der Piasten schauen, uns hineinfühlen in ihre Sprache, dann wissen wir: ‚Bestimmt ist das kein deutsches Erbgut, das ist polnische Scholle.‘ Daher waren sie niemals und sind kein deutsches Erbgut. Das sind unsere Spuren.“ Obwohl man sich im Westen über die Einstellung des polnischen Klerus zur Grenzfrage ohnehin keinen Täuschungen hingeeben hatte, führten diese Äußerungen verständlicherweise zu heftiger Kritik in der westdeutschen Öffentlichkeit. Sie fanden natürlich die volle Billigung der staatlichen Behörden und der Partei. Politbüromitglied Zenon Kliszko attestierte (am 25. 9. 1965 in Grünberg): „Im Laufe der Breslauer Feierlichkeiten legten die polnischen Bischöfe Zeugnis ab von der Entwicklung des katholischen Lebens in den West- und Nordgebieten und bekundeten ihren patriotischen Standpunkt, daß ‚die Westgebiete untrennbar mit dem Vaterland verbunden sind.‘“

Die Beweggründe für das besonders starke Engagement in dieser Frage dürften indes in den meist überlesenen Sätzen der Predigt zu finden sein: „Wenn die Kirche hier heute ihr ‚Te Deum‘ singt, wenn es immer weniger Trümmer gibt . . . , wenn die Glocken von diesen Türmen . . . das Lob der Jahrhunderte künden und wir . . . — Bischöfe, Geistlichkeit, Ordensgemeinschaften, diese ganze sichtbare Kirche — hier alle anwesend sind, so muß gesagt werden: Die Kirche ist kein Rivale, sie ist ein Verbündeter!“ Eindeutig forderte der Primas hier von Staat und Partei für die in diesen Gebieten geleistete nationale Aufbauarbeit Anerkennung und Gegenleistung. Bezeichnend ist, daß die staatliche Zensur die daran anschließenden Forderungen gestrichen hat, die Forderungen der Kirche nach „Achtung vor ihrem Sendungsauftrag und vor dem Recht des Volkes Gottes auf Freiheit der Ehre Gottes; sie [die Kirche] erwartet solche Rechte, die sie sich durch ihre Arbeit, Treue und Geduld verdient hat“. Auch wenn diese Forderungen von der Partei ignoriert wurden, so konnte zu dieser Zeit doch von einem erheblich verbesserten Verhältnis — zumindest im Atmosphärischen — zwischen Kirche und Staat gesprochen werden.

#### *Vorbereitung der Millenniumsfeier*

Die Jahrtausendfeiern wurden nach einem Plan des damals noch inhaftierten Kardinals durch die am 26. August 1956 im Kloster zu Jasna Gora abgelegten Gelübde und sodann durch die sich über neun Jahre erstreckende „Große Novene“ der „Erneuerung des christlichen Polens“ vorbereitet. Durch Wallfahrten, Exerzitien, religiöse Massenkundgebungen wollte man in diesen Jahren die allgemeine Moral des gläubigen Volkes heben, die nationalen Schwächen überwinden helfen, den Zusammenhalt von Ehe und Familie festigen. Der Rückgriff auf diese

traditionellen Mittel der polnischen, stark marianisch geprägten Frömmigkeit dürfte den polnischen Volksmassen weitgehend entsprechen, auch wenn aus den gebildeten Schichten gelegentlich Kritik zu vernehmen war. Man darf nicht übersehen, daß der Kirche in Polen wenig andere Möglichkeiten blieben: die geringen, noch dazu der staatlichen Zensur und Papierzumessung unterliegenden Kommunikationsmittel der Kirche (Presseerzeugnisse, Bücher) erreichen die breiten Massen nicht, ebenso wenig wie z. B. die von der ZNAK-Gruppe geförderten „Klubs der katholischen Intelligenz“. Polens Kirche ist eine „Kirche der armen Mittel“.

Das Zusammentreffen des Konzilsendes mit der unmittelbaren Vorbereitung auf die Millenniumsfeiern legte den Gedanken an eine Einladung der nichtpolnischen Bischöfe, ja sogar des Papstes, zu diesen Jahrtausendfeiern nahe. „Da wir das allgemeine Interesse für Polens katholische Kirche kannten, konnten wir die zahlreichen Anfragen zum Thema der bevorstehenden Tausendjahrfeiern der Taufe Polens nicht ohne Antwort lassen. Zu diesem Zweck beschlossen die polnischen Bischöfe . . . , an die Episkopate der ganzen katholischen Welt entsprechende Briefe zu richten“, so erklärte Kardinal Wyszyński (am 19. Dezember 1965 in Warschau) die Gründe, die zur Absendung von Briefen an die Episkopate von über 50 Ländern führten.

Offenbar beeinflußt durch die Hochstimmung angesichts des nahenden Millenniums sowie durch die Versöhnungstimmung des zu Ende gehenden Konzils und im Vertrauen darauf, daß man in Allenstein und Breslau der polnischen Staatsräson großzügig Rechnung getragen hatte, wagte man es, auch an die deutschen Bischöfe zu schreiben und sie nach Polen einzuladen. Dabei war man sich der besonderen Schwierigkeiten bewußt, die das deutsch-polnische Verhältnis belasteten. Im Herbst 1965 kam es in Rom zu Fühlungnahmen zwischen polnischen und deutschen Bischöfen wegen dieser Botschaft. Mitte November wurde die Botschaft, deren Inhalt übrigens auch Vertretern der kommunistischen polnischen Presse vorher bekannt wurde und von diesen durchaus für korrekt befunden wurde, an Vertreter des deutschen Episkopates aus West- und Mitteldeutschland übergeben und veröffentlicht (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 17). Wenig später übergaben Deutschlands Bischöfe ihre ebenfalls im Ton christlicher Versöhnungsbereitschaft gehaltene Antwortnote.

#### *Die Reaktion in Polen*

Beide Briefe fanden in Deutschland, von geschichtlichen Details abgesehen, eine günstige Aufnahme, zumal die vorher veröffentlichte Denkschrift der EKD zur Oder-Neiße-Grenze und zum Vertriebenenproblem dem Thema der deutsch-polnischen Beziehungen eine besondere Aktualität verliehen hatte. Über die Reaktion unter der polnischen Bevölkerung zu urteilen fällt schwer. In den ersten Tagen übergab die offizielle Warschau die Botschaft mit Schweigen; das Schreiben der polnischen Bischöfe wurde zuerst weder veröffentlicht noch kritisch gewertet. (Eine nicht ganz korrekte polnische Fassung erschien dann lediglich in der Zeitschrift „Forum“.) Später wurde die Botschaft von den Kanzeln verlesen. Eine staatliche Broschüre (Auflage 100 000) brachte dann den Briefwechsel in polnischer Sprache.

Erst nach der Rückkehr Kardinal Wyszyńskis aus Rom Anfang Dezember 1965 brachen zuerst Organe der PAX-

Presse und die offiziöse Tageszeitung „Zycie Warszawy“ das Schweigen und entrüsteten sich über die „Anbiederung“ der polnischen Bischöfe an die „westdeutschen Revisionisten“; Organe der Partei schlossen sich später an. Zuerst warf man den Bischöfen Verrat an der „Friedensgrenze“ vor, doch konnte dieses Argument nach der Feststellung Gomulkas, man könne den Bischöfen „nicht vorwerfen, daß sie Grenzkonzessionen machen“, nicht mehr verfochten werden. Um so mehr stützten sich die PAX-Presse und die kommunistischen Organe bei der Argumentation gegen den Episkopat auf den Passus über die Vergebung. Obwohl Erzbischof Kominek, der zu den Verfassern der Botschaft gehört, in einem Interview mit dem Deutschen Fernsehen (10. 1. 66) darauf hinwies, daß „natürlich Vergebung und Verzeihung nur die Bußfertigen betreffen, die sich wirklich zu ihrer Schuld bekennen“, und den von den Kommunisten immer wiederholten Vorwurf, die Kirche in Polen betrachte sich als Bollwerk gegen den kommunistischen Osten, überzeugend zurückgewiesen hatte, wurde die Kampagne gegen den polnischen Episkopat nicht eingestellt.

#### *Die Argumente der Kommunisten*

Auch die Einschränkung, man habe nur jenen Vergebung angeboten, die „den guten Willen zum friedlichen Nebeneinanderbestehen haben“, schützte die Bischöfe nicht vor weiteren Vorwürfen, die von der Ost-CDU in der „DDR“, von Friedenspriestern in Prag und Ungarn eifrig aufgegriffen wurden. Anfang Januar 1966 zeigte es sich, daß es der Warschauer Regierung ernst war mit diesem Konflikt: man verweigerte dem Kardinal die Ausreise nach Rom zu den dort stattfindenden Millenniumsfeierlichkeiten. Im März und April erreichte die immer mehr auf den Kardinal zugeschnittene Kampagne einen Höhepunkt: die Presse versuchte aus Vorkriegspublikationen des Primas eine Art antikommunistische Besessenheit nachzuweisen. Zu Ostern startete die Partei einen Plakatfeldzug, wobei die Plakate den Text trugen: „6 028 000 Polen ermordet. Wir werden den Verbrechern nicht verzeihen.“

Es gibt verschiedene Erklärungsversuche, warum das Regime so heftig auf den Briefwechsel reagierte. Entscheidend dürfte gewesen sein, daß die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen eine Voraussetzung für die enge Verklammerung des kommunistisch beherrschten Polen mit der Sowjetunion beseitigt hätte; die Verminderung der „deutschen Gefahr“ im polnischen Bewußtsein hätte die polnischen und sowjetischen Genossen ihres gängigsten „Buh-Mannes“ beraubt. Auch der Umstand, daß Polens Bischöfe in ihrer Botschaft nicht zwischen west- und mitteldeutschen Bischöfen unterschieden haben, stört das Konzept der kommunistischen Deutschlandpolitik.

Soweit bei Redaktionsschluß dieses Heftes zu erkennen ist, werden weder deutsche noch andere ausländische Bischöfe an den Millenniumsfeiern im Mai 1966 teilnehmen können. Ebenso steht es mit der Möglichkeit einer Papstreise nach Tschenstochau, die im Herbst vergangenen Jahres von polnischen Kreisen in Rom für nahezu sicher gehalten worden war. Höchstwahrscheinlich hätte diese Reise der Kirche in Polen, aber auch dem Warschauer Regime, Prestigegewinne gebracht. Ob die Reise des Papstes oder ausländischer Bischöfe im weiteren Verlauf des Millenniumsjahres möglich wird, bleibt offen. Dies hängt davon ab, wie weit die polnischen Kommunisten die Krise ausweiten wollen.